

Pressemitteilung

GEW informiert sich über Regionales Bildungsbüro Ravensburg

RAVENSBURG. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt trotz einiger kritischer Vorbehalte das Projekt des „Regionalen Bildungsbüros“ in Ravensburg. Im vollbesetzten Saal des Schützenhauses Mariatal in Weißenau ließen sich Rektoren und Lehrkräfte aus dem gesamten Ravensburger Kreisgebiet zusammen mit Schulamtsleiter Volker Kiesel von Rolf Wiedenbauer über die „Chancen, Risiken und Nebenwirkungen“ der neuen Einrichtung informieren. Er hat die Leitung des Regionalen Bildungsbüros in der südbadischen Metropole Freiburg übernommen.

Das Stuttgarter Kultusministerium und die Bertelsmann-Stiftung haben im vergangenen Jahr den beiden Regionen um Freiburg und Ravensburg dieses Projekt vorgeschlagen, verbunden mit einem ansehnlichen Geldsegen von oben für die drei Jahre währende Aufbauphase. Wichtigstes Ziel des neuen Bildungsbüros ist es nach den Worten des Referenten aus Freiburg, „in enger Kooperation von schulischen und außerschulischen Partnern künftig allen Schulkindern eine optimale Schullaufbahn ohne Brüche zu gewährleisten.“ Die Kinder und Jugendlichen sollen sich in einigen Jahren darauf verlassen können, dass sie mit einer intensiveren Förderung, mit vernetzter Jugend- und Familienhilfe und mit einem Qualitätsschub im Schulunterricht bessere Startchancen in Beruf und Gesellschaft haben werden. Bisher war die Landesregierung mit dem Kultusministerium allein für die Entwicklung des Bildungs- und Erziehungswesens im Lande zuständig. Nach dem neuen Konzept sollen jetzt auch die kommunalen Gebietskörperschaften im Stadtkreis Freiburg sowie im Landkreis Ravensburg an der Verantwortung für die künftige Bildungsplanung in der Region beteiligt werden. Hinzu kommen noch die regionalen Institutionen der Wirtschaft und des Sozialbereiches. Die Bertelsmann-Stiftung, so beteuerte Wiedenbauer nach kritischen Einlassungen aus der Versammlung, beschränke sich auf das Angebot, das technische Instrumentarium bereitzustellen, mit dem die Fragebögen zur Überprüfung der Qualitätsentwicklung in den beteiligten Schulen ausgewertet werden.

Barbara Haas, die stellvertretende Vorsitzende der baden-württembergischen Bildungsgewerkschaft GEW, unterstützte die Zielsetzungen der neuen Bildungsregionen. „Warum aber werden dann die Schulen, die kommunalen Schulträger und andere Beteiligte so sehr unter Zugzwang gesetzt, dass eine intensivere Vorberatung nahezu verhindert wird,“ verhehlte die GEW-Sprecherin nicht ihre deutliche Kritik am Vorgehen der Stuttgarter Landesregierung. Hier würden Geldmittel frei gesetzt, während landesweit die Schulsozialarbeit zurück gefahren werde und erste Lehrerstellen zur Streichung vorgemerkt würden. Haas forderte mehr Entlastungsstunden für die Lehrkräfte auch an den Gymnasien und an den Beruflichen Schulen, um die Schülerinnen und Schüler individueller fördern zu können im Sinne der neuen Bildungspläne und Bildungsstandards, die seit zwei Jahren an den Schulen landesweit eingeführt wurden. Die GEW vermisst im Konzept des Regionalen Bildungsbüros zudem eine nachhaltigere Erfassung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes am „Arbeitsplatz Schule“. Schnellschüsse und wiederholte Fragebogenaktionen allein führten noch keine Qualitätsentwicklung an den Schulen herbei, argwöhnten einzelne Sprecher in der Diskussion.

Die Versammlung würde es begrüßen, wenn sich auch die Privatschulen im Kreis Ravensburg zur Beteiligung an dem Projekt entschließen könnten. Unter den über 60 Schulen, die ihr Interesse am „Regionalen Bildungsbüro“ **in Freiburg** angemeldet haben, sind immerhin 10 Privatschulen (in freier und kirchlicher Trägerschaft) registriert. In der oberschwäbischen Bildungsregion können sich Schulen noch bis zum 31. Januar beim Landratsamt Ravensburg melden, wenn sie sich an dem Bildungsprojekt beteiligen wollen.

„Es hat lange gedauert, bis Visionen zur Weiterentwicklung des Bildungswesens in Oberschwaben in die Tat umgesetzt werden,“ wunderte sich eingangs Fritz Erb, der Vorsitzende der regionalen GEW-Organisation. Was einst im Jahr 1989 als „Leitsätze“ vom Regionalverband und der Arbeitsgemeinschaft ländlicher Raum zur künftigen Bildungsplanung in der Region vorgelegt worden sei, sei in den zurückliegenden Jahren eher im Aktenschrank verschwunden und habe zu keinen nennenswerten Initiativen geführt. Erb forderte außerdem ein neues Konzept, um Schulen vor der Schließung bewahren zu können.

„Was muten wir den Kindern und Jugendlichen zu“, gab Erb zu bedenken, „wenn wir es hinnehmen, dass in unserer Region Bodensee-Oberschwaben fast jedes Jahr ein weiterer Hauptschulstandort aufgelöst wird?“

GEW Bodensee-Oberschwaben-Allgäu
W. Bernhard